

QUARTALSBERICHT

Projektland: **ALBANIEN**

Quartal/Jahr: **IV/2011**

SCHLAGZEILEN

1. **Ende der zweijährigen Parlamentskrise**
2. **Regierungsmehrheit und Opposition einigen sich auf Wahlrechtsreform**
3. **Angespannte Beziehungen zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten.**
4. **EU weigerte sich Albanien den EU-Kandidatenstatus zu verleihen.**
5. **Integrierungsplattform der Sozialistischen Partei (PS)**
6. **PS- Parteitag, Wahl der neuen Landesversammlung und des neuen Vorstandes**
7. **Fatos Nano bekundet seine Ambition für das Amt des Staatsoberhauptes**
8. **Jahr 2012: Folgen der Wirtschaftskrise deutlicher spürbar**
9. **Im Fokus der Außenpolitik: Anerkennung Kosovos**
10. **Volkszählung 2011: erste Ergebnisse liegen vor**

Ende der zweijährigen Parlamentskrise

Die politische Situation im IV. Quartal 2011 ist von einer Entspannung und Aufnahme normaler Beziehungen zwischen politischen Kräften geprägt. Die Parlamentskrise ist beendet und die Opposition nimmt aktiv an Parlamentssitzungen teil.

Nachdem **Edi Rama** bei den Kommunalwahlen eine Niederlage erlitten hat, hat er Wahlmanipulationsvorwürfe gegen die Regierung erhoben. Daher erwartete man eine Vertiefung der Krise. Eher im Gegenteil gab es positive Entwicklungen. Der bisherige politische Kurs von **Rama** und besonders der Parlamentsboykott der Opposition wurden auch von seinen Leuten innerhalb der Partei heftig kritisiert. Rama wurde es klar, dass die Boykottpolitik nichts Gutes für seine Partei bringen konnte und noch dazu hat der Boykott großes Misstrauen bei den internationalen Organisationen hervorgerufen. Daher entschied er sich dafür, den Parlamentsboykott zu abubrechen und kündigte die Rückkehr der PS-Fraktion ins Parlament und somit die Wiederaufnahme einer aktiven parlamentarischen Arbeit der Opposition an.

Die politischen Kräfte in Albanien müssen intensive und nachhaltige Anstrengungen unternehmen, um die 12 in der Stellungnahme der EU-Kommission formulierten Empfehlungen umzusetzen, damit Albanien den EU-Kandidatenstatus erhalten könnte. Ein großer Teil der Empfehlungen setzt die Zustimmung des Parlaments zu Gesetzen voraus, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Als Bedingung für die Wiederaufnahme des Dialogs und ihrer parlamentarischen Arbeit legte die Opposition der Regierungsmehrheit einen 10-Punkte-Integrierungsplan vor. Darin forderte die Opposition eine Verbesserung des Wahlgesetzes, Änderung der Parlamentsgeschäftsordnung, Ernennung für die Posten des Ombudsmannes, des Vorsitzenden des Rechnungshofes und des Staatspräsidenten (Juli 2012) aus ihren Reihen oder mindestens eines konsensualen Kandidaten.

Die Regierungsmehrheit weigerte sich den 10-Punkte-Integrierungsplan als Bedingung für die Wiederaufnahme der parlamentarischen Zusammenarbeit anzunehmen. Die Regierung unterstellte der Opposition, sie verhindere somit den Integrationsprozess Albanien. Der Besuch der Delegation des Europarates in Albanien hatte positive Auswirkungen auf die Beruhigung der politischen Situation und bereitete den Weg für die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den politischen Kräften.

Regierungsmehrheit und Opposition einigen sich auf Wahlrechtsreform

Die Regierung und die Opposition arbeiten schon seit einiger Zeit an einer Wahlrechtsreform. Die zwei größten politischen Parteien, PD (die Demokratische Partei) und PS (die Sozialistische Partei), sind für kleine Korrekturen des derzeitigen Wahlsystems d.h. ein regionales Verhältniswahlsystem. Um ein neues Wahlsystem zu schaffen, sollten Änderungen an der Verfassung vorgenommen werden, was jedoch nur durch eine Abstimmung mit qualifizierter Parlamentsmehrheit möglich ist. **Rama** hat damit einen Schritt zurück gemacht, indem er die von PS-PD vorgenommenen Verfassungsänderungen im Jahr 2008 als eine falsche, übereilte Entscheidung bezeichnete, die korrigiert werden muss. Es ist auffällig, dass zwischen PS und PD ein Pakt geschlossen worden ist. Ein Beweis dafür war die Verabschiedung von einigen Gesetzen, die eine qualifizierte Mehrheit erfordern und zwar das Gesetz zur Errichtung und Funktion des Verwaltungsgerichtes, die Straßenverkehrsordnung etc., sowie die Ernennung des ehemaligen PD-Abgeordneten, **Bujar Leskaj**, zum Vorsitzenden des Rechnungshofs und die Wahl von **Igli Totozani** auf das Amt des Ombudsmannes, das seit anderthalb Jahren unbesetzt war.

Angespannte Beziehungen zwischen der Regierung und dem Staatspräsidenten

Die Beziehungen zwischen Premierminister **Berisha** und dem Staatsoberhaupt **Topi** sind seit der Demonstration vom 21. Januar 2011, bei der 4 Menschen ums Leben gekommen sind und viele andere verletzt wurden, besonders angespannt. Der Premierminister Berisha warf dem Staatsoberhaupt, dem Oppositionschef,

dem Vorsitzenden des Nachrichtendienstes und der Generalstaatsanwältin angeblichen Putschversuch vor. Nach langem Schweigen verschärfte Staatsoberhaupt **Topi** im Berichtszeitraum seine Kritik am Regierungschef und an der Regierung. Er war stellvertretender Parteivorsitzender der PD und Fraktionschef bevor er 2007 zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Daraufhin machte **Berisha** Staatspräsident **Topi**, der gleichzeitig Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes ist, für das schlecht funktionierende Justizsystem verantwortlich. Ferner warf er **Topi** vor, er habe kein Engagement für die Bekämpfung der Korruption bei den Justizorganen gezeigt. Darüber hinaus habe der Staatspräsident laut Regierungschef Berisha dem stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes, Herrn **Kreshnik Spahiu**, erlaubt, eine Bürgerbewegung mit nationalistischem Charakter gegen den Zensus-Prozess, die langsam die Gestalt einer politischen Partei annimmt, zu initiieren, was gesetzwidrig sei. Im November erklärten **Berisha** und andere Spitzenpolitiker der PD, darunter auch die Parlamentspräsidentin **Jozefina Topalli**, dass sie eine erneute Kandidatur von **Topi** für das Amt des Staatspräsidenten nicht unterstützen würden. Laut ihnen habe **Topi** das Präsidialamt in den Sitz einer neuen Partei verwandelt, die darauf abziele, die PD zu spalten und sich somit in den Dienst der Opposition stellt. Selbst Staatspräsident Topi signalisierte bei einem Jahresabschlusstreffen mit Journalisten, dass dieses Treffen für ihn das letzte auf diesem Posten sein werde und deutete an, dass er weiterhin aktiv am politischen Leben teilnehmen wird mit einer eigenen neuen Partei.

EU-Fortschrittsbericht, Verweigerung des EU-Kandidatenstatus Albaniens

Es war keine Überraschung für die Albaner, dass Albanien den EU-Kandidatenstatus nicht erhalten hat. Die Politik hatte ihre Aufgaben nicht erfüllt und es herrschte seit den Parlamentswahlen ein Stillstand im Lande.

In dem Fortschrittsbericht wurde betont, dass Albanien bei der Erfüllung der zwölf Schlüsselprioritäten und speziell in den Bereichen Justiz, Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Eigentumsrechte, Menschenrechte etc. unzureichende Fortschritte erzielt hatte. Das unreife Verhalten der politischen Klasse, die keinen guten Willen zeigte um Konsens zu erreichen, sondern nur von Konflikttendenzen geprägt war sowie das fehlende politische Engagement für die Umsetzung von EU-Empfehlungen, haben zur Verweigerung des EU-Kandidatenstatus geführt. Albanien bleibt daher stehen, obwohl das albanische Volk den Wunsch klar geäußert hat, Teil der europäischen Familie zu werden.

Die PS-Integrierungsplattform

Um das Ansehen nach seiner Niederlage bei den Kommunalwahlen zu verbessern, initiierte der PS-Vorsitzende **Edi Rama** eine neue Aktion innerhalb der Strukturen seiner Partei zur Entwicklung einer Regierungsplattform der Sozialisten. Das kam als eine Reflexion über die von der andersdenkenden Gruppierung innerhalb der PS an Rama geübte Kritik. Diese Gruppierung bezeichnete ihn als einen Politiker ohne Vision, Strategie und ohne genug Energien, um Wahl und Wähler zu gewin-

nen. Die Arbeitsgruppe, die für die Entwicklung dieser Plattform eingerichtet wurde, hat intensiv gearbeitet aber die Arbeit in Eile war nicht genug durchdacht. Besonders oberflächlich waren die Strategie der PS im Wirtschaftsbereich und ihr Einsatz zur Steuersenkung und Aufhebung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel. Dieser Vorschlag wurde von der Regierungsmehrheit nicht akzeptiert und sei ihr zufolge nur eine Wahlkampf-Show. Selbst die Opposition zog nach einigen Monaten diese Initiative zurück und erklärte, sie werde diesen Schritt nicht machen.

In Bezug auf die Eigentumsfrage wurde von der PS auch viel versprochen, es gibt aber im Programm dieser Partei keine Aufklärung, wie das Eigentumsproblem gelöst und der Eigentumsrestitutionsprozess erfolgen wird. Wird das Grundstück in dem Zustand vor dem Enteignungsprozess durch den kommunistischen Staat oder in dem Zustand der 90-er Jahre, in der Zeit der von der kommunistischen Partei durchgeführten Landreformen, anerkannt? Diese unklare Frage hat bei den Vereinen der ehemaligen Grundstücksbesitzer Unzufriedenheit hervorgerufen.

Besonders hervorgehoben wird in der PS-Plattform die Integration Albanien in die EU und die Durchführung von Reformen, damit Albanien den EU-Kandidatenstatus erhalten kann. Diese Fragen werden bei den Plattformen aller politischen Parteien im Lande behandelt, aber in den meisten Fällen bleiben sie nur theoretisch auf dem Papier. In dieser Hinsicht hat dieses Engagement keinen besonders starken und positiven Einfluss auf den Wahlkreis gehabt.

Die Plattform spricht auch von Justizreformen und konkreter für die Aufhebung der Immunität von Richtern. Darüber hinaus wird auch die Idee zur Wahlgesetzänderung entwickelt. Dazu wird auch die Wahl des Staatspräsidenten durch eine Volksabstimmung vorgeschlagen. Aber eine konkrete Aktion dafür gibt es nicht, obwohl die Präsidentenwahl im Juli 2012 stattfindet.

PS-Parteitag, Wahl des neuen Vorstandes

Der PS-Parteitag fand im November 2011 statt. Er wählte die neue Landesversammlung und den neuen Vorstand der PS.

Es wurde erwartet, dass die Tagung ein „Schlachtfeld“ für Rama sein würde, auf dem er seine politischen Kritiker der andersdenkenden Gruppierung innerhalb der Partei angreifen und aus der Partei ausschließen könnte. Manche von denen forderten Rama zum Rücktritt auf nach seiner Niederlage bei den Kommunalwahlen im Mai 2011.

Rama hat keine Partei-Säuberungsstrategie verfolgt, eher im Gegenteil ist er einen Versöhnungsweg gegangen, weil er nicht stark und mächtig genug war und auch aus dem Grund, dass er aus einer Wahlniederlage heraus agierte. Rama erklärte, dass es keine Parteiausschlüsse geben werde. Er sei offen für Kritik und andere Meinungen. Das was Rama erklärte, spiegelte sich in dem Wahlprozess der Landesversammlung und des PS-Vorstandes wieder, wobei 3 Kritiker von Rama, nämlich die ehemaligen Minister **Blushi und Malaj** sowie der PS-Abgeordnete

Brace die meisten Delegiertenstimmen erhalten haben und als Vorstandsmitglieder gewählt wurden. Nur der ehemalige Außenminister **Kastriot Islami** konnte keine Vorstandsfunktion einnehmen. Im Dezember wurde er aus der Parteifraktion ausgeschlossen, weil er bei der Wahlsitzung für den Rechnungshofvorsitzenden, **Bujar Leskaj**, nicht anwesend war und somit gegen die politische Linie und Ausrichtung seiner Partei verstoßen habe.

Trotz der Versöhnungsstrategie von **Rama** herrscht immer noch in der PS generelles Misstrauen dagegen vor, dass Rama die Sozialisten zum Sieg führen kann. Der ehemalige Staatspräsident **Rexhep Mejdani** attackierte Rama in der Öffentlichkeit aufgrund seiner nicht erfolgreichen Parteiführung und äußerte seine Besorgnis über eine mögliche dritte Niederlage der PS bei den kommenden Parlamentswahlen in 2013.

Fatos Nano bekundet seine Ambition auf das Amt des Staatspräsidenten

Fatos Nano, der ehemalige Ministerpräsident der Sozialistischen Partei, der sich lange aus dem Staub gemacht hat, kehrte wieder aktiv in die Politik zurück und bekundete seine Ambition auf das Amt des Präsidenten. Es gibt immer noch distanzierte, "kalte" Beziehungen zwischen ihm und dem Parteichef Rama. Dafür spricht auch die Tatsache, dass Nanos Name nicht auf der Liste der Versammlungsdelegierten stand. Trotzdem hat Nano mehr Anhänger an der Parteibasis als **Rama** und er genießt die Unterstützung einer beträchtlichen Zahl der PS-Abgeordneten.

Sein politisches Strategieschema um diesen Posten zu bekommen ist noch nicht klar. Bisher hat die Opposition in Bezug auf eine mögliche Kandidatur von Nano für das Amt des Präsidenten, offiziell geschwiegen. Partei-Exponenten aber, dazu auch der ehemalige Parlamentspräsident **Pellumbi**, haben sich gegen seine Kandidatur geäußert.

Die Regierungsmehrheit hat aber erklärt, dass sie nicht für **Nano** stimmen würde und deutete an, dass der Kandidat für das Amt des Präsidenten aus den Reihen der „Allianz für den Bürger“ sein wird. Es gibt Stimmen, die sagen, **Nano** werde von **Berisha** unterstützt um eine Spaltung der PS zu provozieren. Andere denken, dass die Annäherung von **Nano** an die PS und seine, von den Strukturen dieser Partei, unterstützte Kandidatur, positiv das interne Klima der PS beeinflussen könnte und für eine Garantie für den Sieg dieser Partei bei den Parlamentswahlen 2013 sprechen würde. Die Opposition fordert auf, der Präsident solle von den Linken kommen. Laut ihr habe es in den letzten 20 Jahren nur einen Präsidenten der Sozialisten gegeben. Es ist aber noch nicht klar, ob **Nano** dieser Kandidat sein wird oder ein anderer Vertreter aus der PS.

Jahr 2012: Folgen der Wirtschaftskrise deutlich spürbar

Die Ratingagenturen bewerten Albanien als ein Land mit stabiler Wirtschaft, die von der Krise verschont geblieben ist. Sie rufen aber die albanische Regierung dazu auf, die Investitionen im öffentlichen Sektor zu kürzen um somit eine Erhöhung der Staatsverschuldung vermeiden zu können. Der gleichen Meinung ist auch die Opposition. Sie wirft der Berisha-Regierung vor, sie wird das Land zu einer Wirtschaftskrise führen.

Dennoch signalisierte **Berisha** sein Engagement für die Durchführung öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur. In der Kommission für strategische Prioritäten wies **Berisha** darauf hin, dass zu den Prioritäten seiner Regierung für das Jahr 2012 der Bau der Autobahn Levan-Tepelene, die Eröffnung des Tunnels Tirana-Elbasan, die "Bypass"-Straße von Vlora und die "Arber"-Straße gehört.

Die negativen Auswirkungen der Euro-Krise auf die albanische Wirtschaft sind trotzdem evident. Das wurde auch von Finanzminister **Bode** erklärt. Er äußerte sich aber optimistisch über ein Wirtschaftswachstum von 3 % im Jahr 2012. Die Wirtschaftsexperten und die Opposition halten das für unmöglich. Am Jahresende gab es einen Liquiditätsmangel, was zur Blockierung von Investitionsfonds der staatlichen Institutionen führte. Laut einer Beschlussfassung der Regierung sollten keine neuen Beamten mehr eingestellt werden, auch wenn alte Beamte in Rente gehen. Dieser Beschluss sollte bis Ende 2011 gültig sein aber anscheinend wird er weiterhin auch in den ersten Monaten 2012 in Kraft bleiben. Ausgehend von diesen Angaben prognostizieren die Wirtschaftsexperten, dass 2012 ein problematisches Jahr sein wird, was die wirtschaftliche Lage angeht. Man wird die Krise deutlicher spüren.

Im Fokus der Außenpolitik: Anerkennung Kosovos

Die Außenpolitik fokussierte sich im Berichtszeitraum mehr auf die Region und besonders auf Kosovo. Albanien betreibt weiterhin engagiert Lobbying mit anderen Staaten zur Anerkennung Kosovos. Diese politische Haltung wurde sowohl von Regierungschef **Berisha** als auch von Außenminister **Haxhinasto** bekannt gemacht. In einem Interview hat Berisha deutlich gemacht, dass er weder für Grenzänderungen noch für einen Zusammenschluss von Kosovo und Albanien zu einem Staat sei. Eine Vereinigung soll nur in der EU-Familie erfolgen.

Volkszählung 2011: erste Ergebnisse liegen vor

Der Zensus-Prozess (Volkszählung) löste viel Kritik und Debatten aus. Das Verfassungsgericht entschied vor einem Monat über die Aufhebung des Subjektbegriffs „Nationalität“ bei den Personalurkunden. Die „schwarz-rote Allianz“ hatte offenbar Druck auf das Verfassungsgericht bezüglich dieser Frage ausgeübt und konnte damit diese Entscheidung bewirken. Der Zensusprozess war trotzdem sehr fragwürdig. Die katholische Kirche erklärte offiziell, dass sie das

Ergebnis über die Religionszugehörigkeit nicht akzeptieren würde. Die gleiche Stellungnahme teilte auch die „OMONIA“ Organisation der griechischen Minderheit. Ihr zufolge werde diese Organisation einen eigenen Zensus durchführen. Daher wurden bis Dezember nur teilweise Ergebnisse bekannt gegeben. Laut Zensus hat die Zahl der Bevölkerung seit 2001 um 7.7 % abgenommen und beträgt jetzt 2.840.000. Der Grund dieser Bevölkerungsabnahme sei die fehlende Hoffnung bei den Bürgern auf eine sichere, gute Zukunft in Albanien. Diese Angaben sind aber widersprüchlich. Die Zahl der Bevölkerung stimmt nicht mit der von Zentralen Wahlkommission bekannt gegebenen Wählerzahl (3.200.000) bei den Kommunalwahlen, überein.

Nertila Mosso

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Tirana, Albanien

IMPRESSUM

Erstellt: 10.12.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de | www.hss.de